

## **TOP 49:**

---

### Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gebührenrechtlicher Regelungen im Aufenthaltsrecht

Drucksache: 261/17

#### I. Zum Inhalt des Gesetzentwurfes

Eine gemeinsam von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden durchgeführte Evaluation der bislang im Ausländerrecht geltenden Gebühren hat gezeigt, dass diese anzupassen sind. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen künftig die Gebühren im Ausländerrecht so festgelegt werden, dass sie in ihrer Höhe einerseits die für die jeweiligen Leistungen entstehenden Kosten decken und andererseits die Gebührenschuldner nicht unangemessen belasten. Das Kostendeckungsgebot wird für die Gebührenbemessung ausdrücklich gesetzlich verankert. Zudem sollen einige Höchstgrenzen für Gebühren angepasst werden.

Hieraus ergeben sich für die meisten Gebührensätze Erhöhungen und nur wenige Absenkungen. Für die Ausländerbehörden besteht jedoch weiterhin die Möglichkeit, im Einzelfall mit Blick auf die Situation des Gebührenschuldners Gebühren zu ermäßigen oder von der Erhebung abzusehen.

#### II. Empfehlungen der Ausschüsse

Der **federführende Ausschuss für Innere Angelegenheiten** empfiehlt dem Bundesrat, sich im Wege einer Stellungnahme für einen neuen Gebührentatbestand für die Befristung von Aufenthaltstiteln, die die Behörde von Amts wegen ausspricht, auszusprechen.

Der **Finanzausschuss** hat keine Bedenken gegen Gesetzentwurf vorgetragen.

